Beschluss des Landrats vom 07.05.2026

Nr. 1752

45. Prävention gegen Femizide
2025/367; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Anita Biedert (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion lehne die Überweisung des Postulats ab. Es handelt sich um ein reales Problem. Oftmals sind die Täter nahestehende Männer. Der Vergleich mit Spanien ist aber nur bedingt aussagekräftig, denn es gibt keine einheitliche Definition oder ein standardisiertes Erfassen von Femizid. Die Länder unterscheiden sich darin, welche Daten wie erfasst werden. Jedes Verbrechen ist prinzipiell eines zu viel, aber man kann die Massnahmen, wie sie hier vorgeschlagen werden oder geprüft werden sollten, als ungeeignet erachten. Die entscheidenden Punkte aus Sicht der SVP-Fraktion sind wirksame Verfahren und rasches Eingreifen in einer konsequenten Art bei Drohungen oder bei Gewalt. Femizide entstehen nicht einfach plötzlich. Bekannte Muster, häusliche Gewalt, Drohungen, Trennungskonflikte oder frühere Polizeieinsätze gehen dem voraus. Der Hebel liegt in früher und konsequenter Intervention. Wichtig sind spürbare Konsequenzen für die Täterschaft. Das gilt aber für Verbrechen jeglicher Art. Die Sonderbehandlung einzelner Delikte ist nicht zielführend und bindet knappe Justizressourcen.
Der Kanton Basel-Landschaft kennt bereits verschiedene Massnahmen. Die Fachstelle für häusliche Gewalt, die Umsetzung der Istanbul-Konvention, eine Opferberatung 7 Tage/24 Stunden und ein Täterprogramm. Bei schweren Gewalttaten oder Sexualdelikten durch ausländische Täter könnten ausländerrechtliche Konsequenzen früher geprüft werden, allerdings unter Einhaltung des geltenden Rechts. Die SVP-Fraktion lehnt aus diesen Gründen die Überweisung des Postulats ab.

Juliana Weber Killer (SP) ist erstaunt, dass das Postulat nicht einfach überwiesen wird. Zuerst einmal sind Femizide leider kein Zufall. Es handelt sich um ein sichtbares Ende einer langen Kette von Diskriminierung, Sexismus und Gewalt. Femizide sind geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen und Mädchen und die Spitze eines Eisbergs eines ungleichen Machtverhältnisses und fehlenden Respekts.
Aktuell wird am Strafgericht der Fall eines Baselbieter Täters verhandelt. Dieser hat 2024 seine Frau ermordet und anschliessend zerstückelt. Es ist einer der grässlichsten Femizide, der sogar weltweit für Schlagzeilen gesorgt hat. Alle drei Tage wird in der Schweiz ein schweres Gewaltdelikt an einer Frau begangen. Alle zwei Wochen verliert eine Frau ihr Leben. Stand heute oder vielmehr letztes Jahr, das sind die neuesten Zahlen, starben insgesamt 34 Frauen an einem Femizid. Das ist eine massive Erhöhung gegenüber dem Vorjahr und auch die häusliche Gewalt stieg statistisch 2025 massiv an. Das sind keine Ausreisser, sondern ein ansteigender Trend. Das ist besorgniserregend und Politikerinnen und Politiker müssen darauf reagieren. Man weiss, Prävention hilft. Das ist sogar der niederschwelligste Ansatz dazu. Das Beispiel von Spanien zeigt, dass es hilft, wenn wirklich viel in Prävention investiert wird.
Anita Biedert hat bereits auf die Fortschritte in der Schweiz verwiesen, aber das reicht noch nicht aus. Der Bundesrat ist jetzt auch alarmiert aufgrund der vielen Femizide und weil praktisch in allen Kantonen Frauen, vor allem aus den SP-Fraktionen, auch Vorstösse eingereicht haben. So hat es einen Schub gegeben. Glücklicherweise haben die SP-Bundesräte das Thema vorangetrieben. Seit dem 1. Mai gibt es eine Hotline für gewaltbetroffene Frauen. Das ist ganz toll, aber es braucht nun eine Auslegeordnung. Obwohl bereits viel gemacht wird, kann man noch mehr machen. Es wird um Unterstützung des Postulats gebeten, denn man muss nun handeln.

Tim Hagmann (GLP) hält sich kurz. Frauen werden ermordet und die Zahl steigt. Das Postulat bittet den Regierungsrat aufzuzeigen, wie der Kanton Basel-Landschaft Femizide bis jetzt bekämpft hat und darzulegen, was seine zukünftige Strategie zur Bekämpfung der zunehmenden Femizide ist. Die selbsternannte Sicherheitspartei wird entsprechend gebeten, ihre Position zu überdenken. Das ist doch ein sinnvolles Postulat. Es gilt, das Thema zu prüfen und darüber zu berichten.

Regina Weibel (Die Mitte) betont, Gewalt gegen Frauen sei keine abstrakte Zahl. Hinter jedem Fall steht ein Mensch, ein Leben und vor allem eine Familie. Jeder einzelne dieser Fälle ist einfach einer zu viel und leider auch im Kanton Basel-Landschaft eine Tatsache. Es ist auch nicht so lustig, solche Fälle dann beruflich zu begleiten. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Andrea Heger (EVP) ist angesichts des SVP-Fraktionsvotums sprachlos. «Wer Sicherheit will, wählt SVP». Nun liegt ein Postulat vor, das der Regierungsrat entgegennehmen möchte, weil es noch immer Femizide gibt und mehr als die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist. Dieselbe «Sicherheitspartei» lehnt das Postulat ab und möchte die Frauen weder stützen noch schützen. Das ist unverständlich und unglaubwürdig.

Jacqueline Bader Rüedi (FDP) sagt, die FDP-Fraktion nehme das Postulat entgegen. Persönlich ist sie der Ansicht, dass sowohl Femizid- wie auch Homozidprävention betrieben werden müsste. Mord ist Mord, egal, ob an Männlein oder Weiblein. Auch bei Totschlag ist es egal. Prävention ist gut, aber nicht nur für eine Seite, sondern für alle.

://: Mit 69:8 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) schliesst die Sitzung um 16.30 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.